

Schrettl, Wolfram; Weißenburger, Ulrich

Article — Digitized Version

Rußland: Fortsetzung des Niedergangs oder Beginn eines Aufschwungs?

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Schrettl, Wolfram; Weißenburger, Ulrich (1996) : Rußland: Fortsetzung des Niedergangs oder Beginn eines Aufschwungs?, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, ISSN 0340-1707, Duncker & Humblot, Berlin, Vol. 65, Iss. 1, pp. 31-44

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/141120>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Rußland: Fortsetzung des Niedergangs oder Beginn eines Aufschwungs?

Von Wolfram Schrettl und Ulrich Weissenburger

Zusammenfassung

Die politischen Rahmenbedingungen für die Systemtransformation der russischen Wirtschaft haben sich durch den Erfolg der Kommunisten bei den Parlamentswahlen im Dezember 1995 weiter verschlechtert. Nach der Ablösung von Anatoli Tschubais sind die Befürworter grundlegender marktwirtschaftlicher Reformen in der Regierungsspitze nicht mehr vertreten. Insofern erscheint die Fortsetzung des Reformkurses gegenwärtig gefährdet. Die Privatisierung geht ohnehin seit Mitte 1994 nur noch langsam voran. Vor allem ist es nicht gelungen, finanzkräftige Investoren heranzuziehen. Um diesem Ziel näherzukommen, setzt die Wirtschaftspolitik große Hoffnung in Zusammenschlüsse von Banken und Industrieunternehmen, die als „Finanz-Industrie-Gruppen“ bezeichnet werden. Die Bildung derartiger Gruppen, die auch als Instrument staatlicher Industrie- und Strukturpolitik begriffen werden, soll durch staatliche Maßnahmen besonders gefördert werden.

Die wirtschaftliche Entwicklung wird weiterhin durch den faktischen Zusammenbruch der Investitionstätigkeit geprägt. Da trotz des starken Produktionsrückgangs nicht zugleich auch die vorhandenen Produktionsanlagen in entsprechendem Umfang stillgelegt worden sind, ist die Kapazitätsauslastung in den Unternehmen zurückgegangen und hat die Überalterung des Kapitalstocks zugenommen. Die ohnehin niedrige Effizienz der russischen Wirtschaft ist infolgedessen weiter gesunken. Dies erklärt auch die im Vergleich zum Rückgang des Bruttoinlandsprodukts nur geringe Absenkung des Stromverbrauchs.

Die Realeinkommen der privaten Haushalte sind in den letzten Jahren nicht im gleichen Ausmaß zurückgegangen wie das BIP, in den Jahren 1993 und 1994 sind sie sogar gestiegen. Diese Entwicklung wurde sowohl durch Einkommensumverteilung zu Lasten nicht entnommener Gewinne — entsprechend rückläufig war die Investitionsquote — als auch durch eine teilweise Überwälzung der Lasten des Produktionsrückgangs auf andere GUS-Länder ermöglicht. Während die Lieferungen von Energieträgern in diese Staaten drastisch zurückgingen, wurden die Energieexporte in den Westen sogar gesteigert.

In der Stabilisierungspolitik war 1995 ein Kurswechsel zu verzeichnen. Das Haushaltsdefizit lag unter 3 vH des BIP, wobei der überwiegende Teil des Defizits nicht mehr durch die Zentralbank, sondern über den Kapitalmarkt finanziert wurde. Die monatlichen Inflationsraten konnten gegen Jahresende 1995 auf unter 5 vH zurückgeführt werden. Die restriktive Geldpolitik hat allerdings die Zahlungsfähigkeit vieler Unternehmen so weit geschwächt, daß sie ihre Kredite nicht mehr bedienen konnten. Die Liquiditätskrise im Bankensektor im August 1995 war die Folge. Ein zentrales Element der Stabilisierungspolitik war die Einführung eines Wechselkurskorridors im Juli 1995. Damit wurde einerseits die Inflationssenkung erleichtert, andererseits aber — wegen der realen Aufwertung des Rubels — die Exportfähigkeit des Landes beeinträchtigt.

1. Einführung

Für westliche Beobachter war es bislang nahezu unmöglich, zu einer übereinstimmenden Bewertung der Zukunftsaussichten Rußlands zu kommen. Einige Pessimisten waren der Meinung, daß das Ausmaß der Krise eine Gefährdung für die junge Demokratie und die soziale Stabilität bedeutete¹. Andere Autoren schätzten die Situation

weit weniger dramatisch ein. So vertrat Anders Aslund, ein früherer Berater der russischen Regierung, bereits 1994 die Ansicht, daß der Transformationsprozeß weitgehend vollendet sei und die verbliebenen Aufgaben relativ begrenzt seien. Einschätzungen, nach denen sich die

¹ Vgl. Sachs (1994, 1995).

russische Wirtschaft am Rande des Kollapses befinde, trat er entschieden entgegen². Die Ursachen für diese Meinungsverschiedenheiten lagen nicht zuletzt in der unterschiedlichen Interpretation der aktuellen Wirtschaftsentwicklung und ihrer Perspektiven. Zudem veränderten sich die Bewertungen und Erwartungen häufig unter dem Eindruck der laufenden Ereignisse. Nach dem Kollaps des Rubels im Oktober 1994 erfuhr zum Beispiel der Optimismus, der im Sommer jenes Jahres weit verbreitet war, einen herben Rückschlag. In ähnlicher Weise trug der Tschetschenien-Krieg dazu bei, das Vertrauen des Westens in die politischen Verantwortlichen Rußlands zu untergraben, insbesondere das Vertrauen in ihre Fähigkeit, die ökonomischen Konsequenzen des Krieges in den Griff zu bekommen. Mittlerweile schätzen die meisten westlichen Beobachter die Entwicklungsperspektiven der russischen Wirtschaft wieder etwas positiver ein. Die OECD prognostiziert für 1996 einen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts um 2 vH, und auch die sechs führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute halten 1996 einen leichten Anstieg des BIP für möglich³.

2. Politische Rahmenbedingungen

Die Aussichten für einen Erfolg der Systemtransformation hängen in entscheidendem Maße von den politischen Rahmenbedingungen ab. Erstens ist eine starke Stellung der reformorientierten Kräfte unabdingbar, damit die für die Wirtschaftsreformen notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen verabschiedet und umgesetzt werden können. Zweitens sind politisch stabile Verhältnisse erforderlich, um das Vertrauen der in- und ausländischen Unternehmen in die Unumkehrbarkeit der Reformen zu festigen und ihre Investitionsbereitschaft zu fördern. Solange diese Voraussetzungen fehlen, wird die Kapitalflucht andauern und werden sich potentielle Auslandsinvestoren abwartend verhalten.

Seit der Niederschlagung des Putsches im August 1991 und dem darauf folgenden Zerfall der Sowjetunion unterlagen die politischen Kräfteverhältnisse in Rußland starken Veränderungen. Derzeit befindet sich die Popularität von Präsident Jelzin auf einem Tiefpunkt. Seine politische Glaubwürdigkeit hat sowohl durch die Fehlschläge der Wirtschaftspolitik als auch durch die Tschetschenien-Krise national wie international schwer gelitten. Die Parlamentswahlen im Dezember 1995 haben insbesondere die Kommunisten und die ihnen nahestehenden Gruppierungen gestärkt. Die Unsicherheit über die Fortsetzung der Reformpolitik nach den Präsidentschaftswahlen 1996 hat infolgedessen weiter zugenommen. Die Ablösung von Anatoli Tschubais als erstem stellvertretenden Ministerpräsidenten und die Ersetzung von Alexander Kosyrew als Außenminister durch Jewgenij Primakow haben die Zweifel an der Weiterführung des Reformkurses zusätzlich verstärkt.

In den letzten beiden Jahren haben sich die Beziehungen Rußlands zum Westen merklich abgekühlt. Hierzu hat

nicht nur das Vorgehen Rußlands im Tschetschenien-Krieg beigetragen. Auch die russischen Drohungen gegen die Osterweiterung der NATO und die russischen Nukleargeschäfte mit dem Iran haben Anlaß für eine Verschlechterung des politischen Klimas gegeben. Rückwirkungen auf die westliche Bereitschaft zur Unterstützung des Reformprozesses in Rußland sind mittelfristig nicht ausgeschlossen. Allerdings sollte hinzugefügt werden, daß die Auswirkungen westlicher Reformhilfe nur schwer identifizierbar sind und die Finanzhilfen sich bislang zur Größe der Aufgabe in einem relativ eng begrenzten Rahmen halten. Die G-7 haben die Aufgabe der Unterstützung Rußlands weitgehend dem Internationalen Währungsfonds (IMF) und der Weltbank überlassen. Die Beratung durch den IMF selbst war in den letzten Jahren für den Reformprozeß nur bedingt hilfreich. So hat der IMF zunächst entschieden gegen nationale Währungen für die neuen unabhängigen Staaten argumentiert und mußte später seine Position revidieren. Auch hat der IMF sich zu lange ausschließlich auf den Umfang des Budgetdefizits konzentriert und weniger dafür getan, nicht-inflationäre Methoden für die Finanzierung des Defizits zu entwickeln. Zudem wurde der russische Einfallsreichtum unterschätzt, die IMF-Vorgaben zwar formal zu erfüllen, sie aber in Wirklichkeit auf verschiedenen Wegen zu umgehen. Schließlich sollte noch erwähnt werden, daß das westliche Insistieren auf die gemeinsame Verantwortung der Nachfolgestaaten der UdSSR für die sowjetischen Schulden die Schuldenverhandlungen behindert hat und es unmöglich machte, die Schuldenfrage in sinnvoller Weise in ein Stabilisierungsprogramm zu integrieren. Auf diese Weise sind die notwendigen Reformschritte nicht nur von russischer Seite verzögert worden, sondern auch die westliche Politik hat zu diesen Verzögerungen beigetragen.

3. Privatisierung und Finanzmärkte

Das in Rußland seit Anfang 1992 laufende Reformprogramm orientiert sich in starkem Maße am polnischen Modell des Jahres 1990, versucht aber gleichzeitig, die dort gemachten Erfahrungen zu berücksichtigen. In Polen wurde eine „Stabilisierung ohne Privatisierung“ versucht und bis zuletzt relativ erfolgreich verwirklicht. Das polnische Experiment funktionierte, da es bereits zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Reformprogramms einen umfangreichen Privatsektor, insbesondere in der Landwirtschaft, gab und da neue Unternehmen schnell und in großer Zahl entstanden. Allerdings zeigten die Schwierigkeiten bei der Umsetzung des polnischen Modells auch, daß Stabilisierung ohne Privatisierung schwieriger zu erreichen ist⁴.

² Vgl. Aslund (1994), S. 58 und 70.

³ Vgl. OECD (1995), S. 23; DIW u. a. (1995b), S. 722.

⁴ Vgl. Schrettl (1993), S. 213.

Die russischen Reformer unter Führung von Anatoli Tschubais versuchten, diese Schwierigkeiten zu vermeiden, indem sie die Privatisierung ihrem Reformprogramm als Bestandteil hinzufügten. Sie unternahmen erhebliche Anstrengungen, um eine Verzögerung der Privatisierung zu verhindern. Nachdem die Privatisierung eingeleitet worden war, wurde sie extrem rasch durchgeführt. Die Privatisierung der kleinen Unternehmen begann in der ersten Jahreshälfte 1992, nur wenige Monate nachdem die entscheidenden Schritte in Richtung auf die Systemtransformation eingeleitet worden waren. Die praktische Durchführung der Privatisierung der Großunternehmen mit Hilfe von Privatisierungsschecks („Vouchers“) wurde im Oktober 1992 eingeleitet und endete Mitte 1994, als die meisten Vouchers eingelöst worden waren. Die Vouchers wurden zum Erwerb von Anteilen an Unternehmen oder an Investitionsfonds genutzt.

Auch nach Abschluß der Voucher-Privatisierung blieb ein beträchtlicher Teil des Unternehmenssektors im Staatsbesitz. Ende 1994 befanden sich immer noch knapp 50 vH des gesamten Anlagevermögens im Staatseigentum, bei den Beschäftigten lag der Anteil des Staatssektors 1994 bei 47 vH⁵. Das staatliche Eigentum dominiert vor allem in den „strategischen“ Sektoren der Volkswirtschaft. Mitte 1994 ist die zweite Etappe der Privatisierung eingeleitet worden, die auf dem Verkauf von Unternehmen bzw. Unternehmensanteilen beruht. Von dieser Etappe der Privatisierung erhoffte man sich vor allem eine Steigerung der Staatseinnahmen und auf diese Weise eine Verringerung des Budgetdefizits. Gleichzeitig sollte der Verkauf staatlicher Unternehmen zur Lösung eines Problems beitragen, das im Gefolge der Voucher-Privatisierung entstanden war. Dieses Problem besteht darin, daß sich in den meisten Fällen die Unternehmen im Besitz von Management und Belegschaften befinden, während externe Investoren kaum eine Rolle spielen. Die hieraus resultierende Machtverteilung in den Unternehmen hat in der Praxis die konsumtive Verwendung der Erträge gefördert, während nur wenig zur Finanzierung von Investitionen übrigblieb.

Die Privatisierung kommt seither nur noch langsam voran. In den ersten neun Monaten 1995 wurden lediglich 7 300 Unternehmen privatisiert (1994: 21 905), von denen mehr als die Hälfte auf Handels-, Gaststätten- und Dienstleistungsbetriebe entfielen. Ein Fünftel sind Industriebetriebe⁶. In der Landwirtschaft wird die Privatisierung noch durch die unzureichende Bodengesetzgebung behindert. Die Privatisierungserlöse blieben weit hinter den Erwartungen zurück. In den ersten sieben Monaten machten die Einnahmen aus dem Verkauf von Staatsvermögen lediglich 0,4 vH der Haushaltseinnahmen aus⁷.

Die Privatisierung durch den Verkauf von Staatsbetrieben sollte externe „strategische“ Investoren in die Unternehmen bringen und auf diese Weise die Finanzierung neuer Investitionen verbessern helfen. Um die Chancen hierfür zu erhöhen, sollten 51 vH des Privatisierungserlöses im Unternehmen verbleiben. Dies erscheint für externe

Investoren auf den ersten Blick außerordentlich attraktiv. Wenn es ihnen aber nicht gelingt, unmittelbar eine Mehrheitsbeteiligung zu erreichen, können sie nicht sicher sein, daß die zurückgeführten 51 vH in ihrem Interesse verwendet werden. Das zentrale Problem, das mit der Voucher-Privatisierung verbunden war, konnte nicht gelöst werden. Es besteht darin, daß große Konzessionen an die Belegschaften und das Unternehmensmanagement gemacht wurden, um eine soziale Akzeptanz der Privatisierung zu erreichen. Der Preis für diese Politik waren eine überwältigende Insiderkontrolle, niedrige Investitionen und eine unzureichende Strukturanpassung.

Um die Beschaffung von Kapital für die Investitionstätigkeit zu erleichtern, will der Staat die Entwicklung der Kapitalmärkte stärker fördern. Investitionsfonds, Investitionsbanken, Investmentgesellschaften und Versicherungen sollen in Zukunft eine stärkere Rolle bei der Investitionsfinanzierung spielen. Besondere Hoffnungen für die Belebung der Investitionen in der Industrie setzt man auf die Entwicklung von „Finanz-Industrie-Gruppen“. Hierbei handelt es sich um Verflechtungen zwischen Finanzinstituten und Industrieunternehmen, durch welche die Finanzkraft und auf diesem Wege die Investitionsmöglichkeiten und die Konkurrenzfähigkeit der russischen Industrie gestärkt werden sollen. Dieses Konzept orientiert sich an Vorbildern in Japan und Deutschland, wo die Banken im Gegensatz zu den angelsächsischen Ländern eine bedeutende Rolle bei der Unternehmenskontrolle spielen. Das russische Konzept ist jedoch weiterreichend, da die Finanz-Industrie-Gruppen ausdrücklich als Instrument der staatlichen Strukturpolitik begriffen werden. Ihre Unterstützung durch den Staat ist in dem am 27. Oktober 1995 durch die Staatsduma verabschiedeten Gesetz „Über Finanz-Industrie-Gruppen“ ausdrücklich vorgesehen. Unter anderem kann die Zentralbank die Mindestreservesätze für die an den Finanz-Industrie-Gruppen beteiligten Banken herabsetzen. Den Finanz-Industrie-Gruppen können treuhänderisch staatliche Aktienpakete der in ihnen zusammengeschlossenen Unternehmen zur Verfügung gestellt werden. Außerdem erhalten die Finanz-Industrie-Gruppen das Recht, ihre Abschreibungsfristen selbständig festzulegen. Am 1. Dezember 1995 waren 27 derartiger Finanz-Industrie-Gruppen registriert, wobei in einigen dieser Zusammenschlüsse auch Unternehmen aus anderen Staaten der GUS und des Baltikums beteiligt sind⁸.

4. Kontroversen über die Wirtschaftsentwicklung Rußlands

Die Entwicklung der russischen Wirtschaft ist seit 1990 durch einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP)

⁵ Vgl. Goskomstat Rossii (1995b), S. 49 und 127.

⁶ Vgl. *Ekonomika i žizn'*, Nr. 3/1996, S. 35.

⁷ Vgl. Goskomstat Rossii (1995c), S. 86.

⁸ Vgl. *Ekonomika i žizn'*, Nr.50/1995, S. 22 ff.; Lenskij (1995), S. 2.

Tabelle 1

Wichtige Wirtschaftsindikatoren

| | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 ⁴⁾ |
|---|-------|-------|---------|--------|--------|----------------------|
| Bruttoinlandsprodukt | | | | | | |
| Veränderung zur Vorperiode in vH | -2 | -13 | -19 | -12 | -15 | -4 |
| 1989 = 100 | 98 | 85 | 69 | 61 | 52 | 50 |
| Industrieproduktion | | | | | | |
| Veränderung zur Vorperiode in vH | 0 | -8 | -18 | -14 | -21 | -3 |
| 1989 = 100 | 100 | 92 | 75 | 65 | 51 | 49 |
| Investitionen | | | | | | |
| Veränderung zur Vorperiode in vH | 0 | -15 | -40 | -12 | -26 | -18 |
| 1989 = 100 | 100 | 85 | 51 | 45 | 33 | 27 |
| Realeinkommen der privaten Haushalte | | | | | | |
| Veränderung zur Vorperiode in vH | + 13 | + 16 | -48 | + 10 | + 16 | - 11 |
| 1989 = 100 | 113 | 131 | 68 | 75 | 87 | 77 |
| Saldo der Handelsbilanz (ohne Intra-GUS-Handel), Mrd. US-\$ ¹⁾ | -10,7 | + 6,4 | + 5,4 | + 11,5 | + 13,1 | + 14,1 ⁵⁾ |
| Verbraucherpreise ²⁾ | | | | | | |
| Veränderung zur Vorperiode in vH | + 5 | + 160 | + 2 510 | + 840 | + 215 | + 161 ⁶⁾ |
| Arbeitslosenquote am Jahresende ³⁾ | . | . | 4,7 | 5,5 | 7,0 | 7,8 |
| ¹⁾ Ab 1993: Einschließlich geschätzte private Exporte und Importe. — ²⁾ Ab 1991: Dezember zu Dezember des Vorjahres. — ³⁾ ILO-Methodik. — ⁴⁾ Januar bis August. — ⁵⁾ 1. Halbjahr. — ⁶⁾ November 1995 zu November 1994. <i>Quellen:</i> Rossija v cifrach 1995, Kratkij statističeskij spravočnik, Moskau 1995, S. 20, 44, 290 f.; Ceny v Rossijskoj Federacii, Moskau 1995, S. 25; Ekonomika i žizn', Nr. 42/1995, S. 29; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii janvar'-avgust 1995 g., Moskau 1995, S. 3 f., 121; Wochenbericht des DIW, Nr. 51-52/1995, S. 879. | | | | | | |

gekennzeichnet (vgl. Tabelle 1). In deutlichem Gegensatz zu den Reformökonomien in Mittel- und Osteuropa, in denen sich der Schrumpfungsprozeß schnell abschwächte und danach in ein Wirtschaftswachstum mündete, verzeichnete die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Rußland lediglich kurzfristige Stagnationsperioden, die die Abwärtsentwicklung zeitweise unterbrechen. Das Jahr 1994 war das vierte Jahr in Folge mit einem zweistelligen Wirtschaftsrückgang, wobei dieser sich gegenüber 1993 noch beschleunigte. Im Jahr 1995 ist das BIP noch einmal um 4 vH gesunken und erreichte die Hälfte des Niveaus von 1989. Ein derartiger Rückgang kann nur noch als Kollaps bezeichnet werden. Allerdings stimmen nicht alle Beobachter mit dieser Einschätzung überein. Es wurde die Meinung vertreten, daß ein erheblicher Teil dieses Rückgangs nicht real ist, u.a. weil die Unternehmen ihre Produktion nicht vollständig ausweisen, um Steuern zu vermeiden. Es ist in der Tat wahrscheinlich, daß die Steuervermeidung neben anderen Faktoren dazu beiträgt, daß die Produktionsergebnisse nicht vollständig von der Statistik erfaßt werden. Jedoch muß erstens geklärt werden, *wieviele* in den veröffentlichten Statistiken nicht enthalten ist, und

zweitens ist zu fragen, *welche Bereiche* nicht erfaßt werden.

Eine gemeinsame Arbeitsgruppe des russischen Staatskomitees für Statistik (Goskomstat) und von Experten der Weltbank hat Ende September 1995 eigene Berechnungen vorgestellt, nach denen der Rückgang des BIP in den Jahren 1991 bis 1994 geringer ausgefallen ist als nach den Angaben der offiziellen Statistik (Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH)⁹⁾:

| | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1994 zu 1990 |
|--|------|------|------|------|--------------|
| Offizielle Angaben | -13 | -19 | -12 | -15 | -47 |
| Berechnungen der Arbeitsgruppe von Goskomstat und Weltbank | -5 | -15 | -9 | -13 | -35 |

⁹⁾ Vgl. Fedorova (1995); Götz (1995); Nikitina (1995).

Größere Abweichungen zwischen den offiziellen Daten und den neuen Berechnungen gibt es allerdings nur bei den Angaben für den Dienstleistungssektor, wo private Aktivitäten besonders gewirkt haben. Der Produktionsrückgang in der Bauwirtschaft wird mit 55 vH statt 66 vH angegeben. Dagegen ergaben sich bei der Produktionsleistung der Landwirtschaft und der Industrie keine wesentlichen Veränderungen.

Um den Umfang der in der Statistik nicht enthaltenen Produktion zu schätzen, knüpfen einige Autoren an der Tatsache an, daß in Marktwirtschaften die gesamtwirtschaftliche Produktion und der Stromverbrauch sich gewöhnlich parallel entwickeln. In Rußland sank demgegenüber das Bruttoinlandsprodukt in weit stärkerem Umfang (1990 bis 1994: -47 vH) als die Stromproduktion (1990 bis 1994: -16 vH). Dieser relativ geringe Rückgang der Stromproduktion wird als Beweis dafür angeführt, daß die Depression in den offiziellen Daten weit übertrieben dargestellt werde. Es wird sogar behauptet, daß die wirtschaftlichen Aktivitäten in Rußland weniger zurückgegangen seien als in Mittel- und Osteuropa¹⁰. Nach unserer Einschätzung ist dies allerdings ziemlich unwahrscheinlich. Der russische Transformationsprozeß war bislang dadurch charakterisiert, daß darauf verzichtet wurde, nicht benötigte Kapazitäten stillzulegen und Arbeitskräfte in größerem Umfang freizusetzen. Statt dessen sank die Kapazitätsauslastung in der Industrie auf 45 vH (oder darunter) im Jahr 1994¹¹. Der

relative Stromverbrauch mußte daher zwangsläufig steigen. Außerdem ist ein erheblicher Teil des Stromverbrauchs von der Produktionsentwicklung nicht oder nur in geringem Maße abhängig. Dies gilt zum Beispiel für die privaten Haushalte und den Schienenverkehr. Der im Vergleich zur Entwicklung des BIP unterproportionale Rückgang der Stromproduktion ist also durchaus plausibel. Der relativ geringe Rückgang des Stromverbrauchs deutet eher auf eine zunehmende Energieverschwendung hin als auf eine Überzeichnung der wirtschaftlichen Krise.

Eine weitgehende Entkopplung zwischen Inputs und Outputs war bereits für die sowjetische Volkswirtschaft typisch. Dies gilt zum Beispiel für das Verhältnis von Ausrüstungsinvestitionen und Wirtschaftswachstum, Größen zwischen denen in Marktwirtschaften eine enge Verknüpfung besteht¹². Vor diesem Hintergrund ist die Asymmetrie zwischen dem Stromverbrauch und der Entwicklung des BIP nicht überraschend. Sie zeigt nur, daß einige negative Charakteristika des alten Wirtschaftssystems wegen der fortbestehenden „weichen Budgetrestriktionen“ für den Unternehmenssektor auch in der Anfangsphase des Transformationsprozesses nicht überwunden werden konnten.

¹⁰ Vgl. Dobozi, Pohl (1995), S. 17-18; Aslund (1994), S. 66.

¹¹ Ministerstvo ekonomiki (1994), S. 32.

¹² Vgl. Summers, De Long (1992), S. 194.

Tabelle 2

Entwicklung der Industrieproduktion in Rußland nach Zweigen
Veränderung gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode in vH

| | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 ²⁾ |
|---|------|-------|-------|-------|-------|--------------------|
| <i>Industrie insgesamt</i> ¹⁾ | -0,1 | -8,0 | -18,0 | -16,2 | -20,9 | -3,0 |
| Elektrizitätswirtschaft | 2,0 | 0,3 | -4,7 | -5,3 | -8,8 | -4,0 |
| Brennstoffindustrie | -3,3 | -6,0 | -7,0 | -15,0 | -11,0 | -2,0 |
| Eisen- und Stahlindustrie | -1,9 | -7,4 | -16,4 | -16,6 | -17,4 | 11,0 |
| NE-Metallurgie | -2,4 | -8,7 | -25,4 | -18,1 | -9,1 | 3,0 |
| Chemische und petrochemische Industrie | -2,2 | -6,3 | -21,7 | -21,5 | -28,9 | 12,0 |
| Chemieindustrie | -3,3 | -8,3 | -25,0 | -19,9 | -22,9 | . |
| Petrochemie | -1,3 | -3,0 | -17,0 | -24,9 | -39,5 | . |
| Maschinenbau und Metallverarbeitung | 1,1 | -10,0 | -14,9 | -15,6 | -38,1 | -6,0 |
| Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie | -1,2 | -9,0 | -14,6 | -18,7 | -31,2 | -7,0 |
| Baustoffindustrie | -0,9 | -2,4 | -20,4 | -17,6 | -28,9 | -6,0 |
| Leichtindustrie | -0,1 | -9,0 | -30,0 | -23,4 | -47,3 | -33,0 |
| Nahrungsmittelindustrie | 0,4 | -9,5 | -16,4 | -9,2 | -21,9 | -9,0 |

¹⁾ 1990 bis 1993: Nur Groß- und Mittelbetriebe. 1994: Einschließlich Kleinbetriebe und Joint Ventures. — ²⁾ Januar bis August.

Quellen: Goskomstat Rossii: Promy-s' lennost' Rossijskoj Federacii, Moskau 1992, S. 33 f.; Goskomstat Rossii: Rossijskaja Federacija v 1992 godu, Moskau 1993, S. 367; Goskomstat Rossii: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii janvar' 1994, Moskau 1994, S. 127; Goskomstat Rossii: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1994 g., Moskau 1995, S. 12 f. und 219; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-avgust 1995 g., Moskau 1995, S. 155.

Eine Analyse der Strukturen des BIP deutet ebenfalls darauf hin, daß der Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion bei weitem stärker ausgefallen ist als der Rückgang des Stromverbrauchs und daß die offiziellen Daten bzw. die Alternativberechnungen von Goskomstat und Weltbank die tatsächliche Entwicklung einigermaßen korrekt wiedergeben dürften. So ist der Anteil der Dienstleistungen am BIP nach der amtlichen Statistik von 32 vH im Jahr 1992 auf 50 vH 1994 angestiegen¹³. Im Bereich der Finanzdienstleistungen, Banken und Versicherungen weisen die revidierten Zahlen von Goskomstat und Weltbank für den Gesamtzeitraum von 1991 bis 1994 einen Zuwachs von knapp 60 vH aus¹⁴. Der Dienstleistungsbereich dürfte angesichts dieser Zuwachsraten zumindest in den Alternativberechnungen von Goskomstat und Weltbank vollständig erfaßt sein. Auf der anderen Seite befinden sich die Sektoren, bei denen die offiziellen Daten einen starken Produktionsrückgang aufweisen, bekanntermaßen in einer tiefgehenden Krise. So verzeichnete die russische Leichtindustrie unter dem Konkurrenzdruck von importierten Konsumgütern im Zeitraum von 1991 bis 1995 eine kumulierte Schrumpfung der Produktion von über 80 vH (vgl. Tabelle 2). Auch der ausgewiesene Produktionsrückgang im Maschinenbau und der metallverarbeitenden Industrie gegenüber 1990 um über 60 vH ist angesichts der massiven Reduzierung der Rüstungsausgaben, der dramatisch gesunkenen Ausrüstungsinvestitionen und der unzureichenden Wettbewerbsfähigkeit russischer Anbieter gegenüber Importen bei langlebigen Konsumgütern plausibel¹⁵.

In besonders starkem Maße hat sich der Kollaps der Investitionstätigkeit auf den Maschinenbau ausgewirkt. Während das BIP nach den offiziellen Daten in den Jahren 1991 bis 1995 um etwa 50 vH und nach den Berechnungen von Goskomstat und Weltbank um knapp 40 vH zurückging, sanken die Investitionen in demselben Zeitraum um mehr als 70 vH. Dieser Zusammenbruch der Investitionstätigkeit ist weitgehend unstrittig. Zwar wird der private Wohnungsbau statistisch vermutlich nur unvollkommen erfaßt. Das Gesamtbild wird aber davon kaum berührt. Auch die Vertreter der Auffassung, daß der tatsächliche Rückgang des BIP der Entwicklung des Stromverbrauchs entsprochen habe, führen keine Argumente im Hinblick auf nicht registrierte Investitionstätigkeit an. Damit wird aber eine der wichtigsten Komponenten der russischen Wirtschaftskrise allgemein als Realität akzeptiert.

Der Kollaps der Investitionen hat zahlreiche wichtige Aspekte. Die lang andauernde Periode stark rückläufiger Investitionen verschlechtert vor allem die Aussichten für eine wirtschaftliche Erholung und ein künftiges Wirtschaftswachstum. Gleichzeitig hat der Zusammenbruch der Investitionen das seit langem bestehende Problem der Überalterung des Kapitalstocks verschärft. Zudem beeinflusst auch die Struktur der Investitionen die künftige Wirtschaftsentwicklung in unerwünschter Weise. So entfielen 1994 nur noch 14 vH des Investitionsvolumens auf Maschinen und Ausrüstung, gegenüber 38 vH 1990¹⁶. Die Investi-

tionen in den Maschinenbau, dem bei der notwendigen Modernisierung der russischen Volkswirtschaft eine Schlüsselrolle zufällt, gingen in den Jahren 1991 bis 1994 nahezu um 85 vH zurück. Der Anteil dieses Industriezweigs an den gesamten Investitionen sank von 8 vH im Jahre 1990 auf unter 3 vH 1994. In der Leichtindustrie, die von allen Industriezweigen die stärksten Produktionseinbußen hinnehmen mußte, erreichte der Umfang der Investitionen im Jahr 1994 nicht einmal 10 vH des Niveaus von 1990. Unter diesen Umständen kann in beiden Industriezweigen keine baldige Erholung erwartet werden. Vielmehr ist ein weiterer Abschwung in diesen Branchen wahrscheinlich.

Die Erneuerung des Kapitalstocks wurde bereits in der Sowjetunion chronisch vernachlässigt. Dieses Problem hat sich nach dem Zerfall der UdSSR sogar noch verschärft. Als Ergebnis der gesunkenen Investitionen und der zunehmenden Überalterung des Kapitalstocks ist die ohnehin niedrige Effizienz der russischen Wirtschaft weiter zurückgegangen. Der relative Verbrauch von Rohstoffen und Energie hat zugenommen, die Produktivität ist weiter gesunken. Der vergleichsweise geringe Rückgang des Stromverbrauchs, hängt somit statt mit einer nur mäßigen Schrumpfung des BIP eng mit dem Kollaps der Investitionen zusammen und ist Bestandteil des spezifischen Charakters der russischen Transformationskrise.

Bemerkenswert verlief die Entwicklung des Lebensstandards und der Realeinkommen der Bevölkerung. Während das Bruttoinlandsprodukt und die Investitionen 1994 um 15 vH bzw. 26 vH sanken, kam es beim verfügbaren realen Pro-Kopf-Einkommen der privaten Haushalte zu einem Zuwachs von 16 vH (vgl. Tabelle 1). Schon 1993 wurde ein Anstieg der verfügbaren Realeinkommen um 10 vH verzeichnet. Vor dem Hintergrund einer schrumpfenden Produktion und stark sinkender Investitionen legen diese Zahlen die Vermutung einer stark konsumorientierten Entwicklung zu Lasten künftiger Wachstumschancen nahe. Allerdings ist der Zuwachs bei den verfügbaren Einkommen nicht ausschließlich für Konsumzwecke verwendet worden. Die Sparquote der privaten Haushalte stieg von 19 vH im Jahr 1992 auf 27 vH 1994, wobei der Anteil der Käufe von konvertiblen Währungen an den Ersparnissen 1994 knapp 60 vH erreichte. Demgegenüber veränderten sich die Konsumausgaben nur geringfügig, der reale Einzelhandelsumsatz stieg 1993 um 2 vH und blieb 1994 konstant. Dies ist kompatibel mit dem Anstieg des Anteils des privaten Verbrauchs am BIP von 34 vH 1992 auf 42 vH 1994. Demgegenüber sank der durchschnittliche Reallohn 1994 um 11 vH (1993: +0,4 vH). Infolgedessen ging der

¹³ Vgl. Goskomstat Rossii (1994a), S. 6; Goskomstat Rossii (1995a), S. 6.

¹⁴ Vgl. Fedorova (1995).

¹⁵ Vgl. DIW (1995), S. 376 ff.

¹⁶ Vgl. Goskomstat Rossii (1994 b), S. 373; Astapovich (1995), S. 18.

Anteil der Löhne und Gehälter an den verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte von 70 vH 1992 auf 46,5 vH 1994 zurück, während der Anteil der Einkommen aus Vermögen, Unternehmertätigkeit und anderen Quellen im gleichen Zeitraum von 16 auf 38 vH stieg. Der Anteil der Transfereinkommen blieb unverändert bei 15 vH¹⁷. Diese Angaben der offiziellen Statistik dürften die tatsächliche Entwicklung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit allerdings überzeichnen. Zwar hat die Einkommensdifferenzierung 1994 deutlich zugenommen. Jedoch sind ungeachtet der gesunkenen Reallöhne 1994 die Realeinkommen in allen Einkommensgruppen gestiegen. In der höchsten Einkommensgruppe lag der Zuwachs bei über 30 vH, in der niedrigsten Einkommensgruppe bei knapp 5 vH¹⁸. Dies läßt vermuten, daß auch die Arbeitnehmerhaushalte an der Erhöhung der Realeinkommen partizipierten. Die

Diskrepanz zwischen der Entwicklung der Reallöhne und der Realeinkommen dürfte dadurch zu erklären sein, daß viele Unternehmen aus steuerlichen und anderen Gründen Lohnzahlungen als Gewinnbeteiligungen deklariert haben. Die statistischen Daten sind somit schwer zu interpretieren. Keinen Zweifel kann es jedoch daran geben, daß es nicht gelungen ist, die Ersparnisse für eine Belebung der Investitionstätigkeit zu nutzen.

In den ersten acht Monaten des Jahres 1995 verzeichneten die Reallöhne erneut eine erheblich ungünstigere Entwicklung als die gesamten verfügbaren Realeinkommen der privaten Haushalte. Während die verfügbaren Realeinkommen gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjah-

¹⁷ Vgl. Goskomstat Rossii (1995b), S. 20, 64, 67 und 150.

¹⁸ Vgl. Goskomstat Rossii (1995a), S. 147.

Tabelle 3

Warenstruktur der russischen Exporte in Drittländer

| | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 ¹⁾ |
|--|----------------|------|------|------|------|--------------------|
| | in Mrd. US-\$ | | | | | |
| Insgesamt | 71,1 | 50,9 | 42,4 | 44,3 | 49,9 | 30,2 |
| Nahrungsmittel und landwirtschaftliche Rohstoffe | 1,5 | 1,3 | 1,6 | 1,6 | 2,1 | 0,4 |
| Mineralische Erzeugnisse | 32,3 | 26,3 | 22,0 | 20,7 | 21,9 | 11,8 |
| Chemische Produkte | 3,3 | 3,4 | 2,6 | 2,6 | 3,9 | 3,0 |
| Leder- und Ledererzeugnisse, Pelze | 0,1 | 0,1 | 0,1 | 0,1 | 0,2 | . |
| Holz, Papier und Zellstoff | 3,1 | 2,4 | 1,6 | 1,9 | 2,1 | 1,8 |
| Textilien | 0,7 | 0,5 | 0,3 | 0,2 | 0,4 | . |
| Metalle | 9,2 | 7,3 | 7,0 | 10,3 | 13,1 | 6,6 |
| Maschinen, Ausrüstungen, Transportmittel | 12,5 | 5,2 | 3,8 | 2,9 | 2,5 | 2,3 |
| Andere Erzeugnisse | 8,4 | 4,4 | 3,4 | 4,0 | 3,7 | . |
| | Struktur in vH | | | | | |
| Insgesamt | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 |
| Nahrungsmittel und landwirtschaftliche Rohstoffe | 2,1 | 2,6 | 3,9 | 3,8 | 4,2 | 1,4 |
| Mineralische Erzeugnisse | 45,4 | 51,7 | 52,1 | 46,7 | 44,0 | 39,2 |
| Chemische Produkte | 4,6 | 6,6 | 6,1 | 6,0 | 7,7 | 10,1 |
| Leder- und Ledererzeugnisse, Pelze | 0,2 | 0,3 | 0,2 | 0,2 | 0,3 | . |
| Holz, Papier und Zellstoff | 4,4 | 4,7 | 3,7 | 4,2 | 4,2 | 6,1 |
| Textilien | 1,0 | 0,9 | 0,6 | 0,4 | 0,9 | . |
| Metalle | 12,9 | 14,3 | 16,4 | 23,2 | 26,3 | 21,8 |
| Maschinen, Ausrüstungen, Transportmittel | 17,6 | 10,2 | 8,9 | 6,5 | 5,0 | 7,6 |
| Andere Erzeugnisse | 11,8 | 8,7 | 8,1 | 9,0 | 7,4 | . |

¹⁾ 1995: 1. Halbjahr.

Quellen: Rossija v cifrach 1995, Kratkij statističeskij sbornik, Moskau 1995, S. 290 f.; Ekonomika i žizn', Nr. 42/1995, S. 29.

res um 11 vH zurückgingen, sanken die Reallöhne um 29 vH. Die Sparquote erreichte 23 vH¹⁹.

5. Aspekte der Außenwirtschaft

Die kritischen Entwicklungstendenzen in der russischen Binnenwirtschaft findet man bei einer Untersuchung der außenwirtschaftlichen Beziehungen bestätigt, wobei zusätzliche Erkenntnisse durch eine Aufschlüsselung des Handels nach Intra-GUS-Handel und Handel mit Drittländern gewonnen werden können.

Bei den Exporten in Drittländer (vgl. Tabelle 3) hatten mineralische Erzeugnisse 1994 mit einem Anteil von 44 vH (1990: 45 vH; 1992: 52 vH) die größte Bedeutung. Die Erlöse aus diesen Exporten (in US-\$) gingen preisbedingt

seit 1990 allerdings um ein Drittel zurück. Einen Bedeutungszuwachs verzeichneten in den letzten Jahren die Exporte von Metallen. Die Dollarerlöse konnten 1994 gegenüber 1990 um mehr als 40 vH gesteigert werden, der Anteil am Exportvolumen verdoppelte sich von 13 vH auf 26 vH. Starke Einbußen mußten demgegenüber nach der Auflösung des RGW bei den Exporten von Maschinen und Ausrüstungen hingenommen werden, die um 80 vH zurückgingen und deren relatives Gewicht unter den gesamten Exporten sich von 18 vH 1990 auf 5 vH 1994 verringerte. Die Entwicklung der Importstruktur (vgl. Tabelle 4) wurde vor allem durch die stark rückläufigen Investitionen beeinflusst. Infolgedessen ging der Anteil von Maschinen und Ausrüstungen am Importvolumen von 44 vH 1990 auf

¹⁹ Vgl. Goskomstat Rossii (1995c), S. 4 und 130.

Tabelle 4

Warenstruktur der russischen Importe aus Drittländern

| | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 ¹⁾ | 1994 ¹⁾ | 1995 ²⁾ |
|--|----------------|------|------|--------------------|--------------------|--------------------|
| | in Mrd. US-\$ | | | | | |
| Insgesamt | 81,8 | 44,5 | 37,0 | 26,8 | 28,1 | 16,1 |
| Nahrungsmittel und landwirtschaftliche Rohstoffe | 16,6 | 12,4 | 9,6 | 5,9 | 8,3 | 4,8 |
| Mineralische Erzeugnisse | 2,4 | 1,3 | 1,0 | 1,1 | 1,1 | 0,2 |
| Chemische Produkte | 8,9 | 5,5 | 3,5 | 1,7 | 3,0 | 1,7 |
| Leder- und Ledererzeugnisse, Pelze | 0,8 | 0,5 | 0,7 | 0,7 | 0,1 | . |
| Holz, Papier und Zellstoff | 0,9 | 0,5 | 0,5 | 0,1 | 0,5 | 0,3 |
| Textilien | 7,6 | 4,4 | 4,5 | 3,7 | 2,1 | . |
| Metalle | 4,4 | 2,8 | 1,2 | 0,9 | 1,0 | 0,5 |
| Maschinen, Ausrüstungen, Transportmittel | 36,3 | 15,8 | 13,9 | 9,1 | 10,0 | 5,9 |
| Andere Erzeugnisse | 3,9 | 1,3 | 2,1 | 3,6 | 2,0 | . |
| | Struktur in vH | | | | | |
| Insgesamt | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 |
| Nahrungsmittel und landwirtschaftliche Rohstoffe | 20,3 | 27,9 | 26,0 | 22,2 | 29,4 | 30,2 |
| Mineralische Erzeugnisse | 2,9 | 2,9 | 2,7 | 4,0 | 4,0 | 1,1 |
| Chemische Produkte | 10,9 | 12,4 | 9,3 | 6,2 | 10,6 | 10,6 |
| Leder- und Ledererzeugnisse, Pelze | 1,0 | 1,1 | 1,9 | 2,6 | 0,5 | . |
| Holz, Papier und Zellstoff | 1,1 | 1,1 | 1,2 | 0,5 | 1,6 | 1,8 |
| Textilien | 9,3 | 9,9 | 12,2 | 13,9 | 7,4 | . |
| Metalle | 5,4 | 6,2 | 3,3 | 3,5 | 3,7 | 3,2 |
| Maschinen, Ausrüstungen, Transportmittel | 44,3 | 35,6 | 37,7 | 33,8 | 35,8 | 37,0 |
| Andere Erzeugnisse | 4,8 | 2,9 | 5,7 | 13,3 | 7,0 | . |

¹⁾ Ohne private Importe. Einschließlich der geschätzten privaten Importe wird das Importvolumen für 1993 mit 32,8 Mrd. US-\$ und für 1994 mit 36,8 Mrd. US-\$ angegeben. — ²⁾ 1995: 1. Halbjahr.

Quellen: Rossija v cifrach 1995, Kratkij statističeskij sbornik, Moskau 1995, S. 291 f.; Ekonomika i ūzn', Nr. 42/1995, S. 29.

36 vH 1994 zurück. Zugenommen hat demgegenüber das relative Gewicht der Importe von Nahrungsmitteln (1990: 20 vH; 1994: 29 vH). Die Aussagekraft der Importdaten ist allerdings begrenzt, da private Importe darin nicht enthalten sind. Das geschätzte Volumen dieser von der Statistik nicht erfaßten Importe wird für 1994 mit knapp 9 Mrd. US-\$ angegeben. Bei diesen Importen dürfte es sich primär um langlebige Konsumgüter handeln.

Der russische Außenhandel mit Drittländern (d.h. ohne Intra-GUS-Handel) verzeichnete 1994 unter Einbeziehung privater Einfuhren einen Exportüberschuß von 12 Mrd. US-\$ (1993: 11 Mrd. US-\$). Die positive Handelsbilanz konnte primär durch eine Steigerung der Ausfuhren von Energieträgern erzielt werden. Seit 1990 sind trotz rückläufiger Förderung die Erdöllexporte in Drittländer mengenmäßig um 29 vH gestiegen, die Erdgasexporte um 17 vH. Dieser Exportzuwachs wurde sowohl durch eine Senkung des Binnenverbrauchs als auch durch eine Reduzierung der Ausfuhren in die Nachfolgestaaten der UdSSR ermöglicht. Während der Binnenverbrauch von Mineralöl von 1990 bis 1994 um 40 vH zurückging, wurden die Erdöllexporte in die GUS um nahezu 80 vH reduziert (vgl. Tabelle 5). Rußland konnte auf diese Weise die mit dem Produktionsrückgang verbundenen Lasten weitgehend auf die übrigen GUS-

Länder überwälzen, vor allem auf die Ukraine und Weißrußland. Die Möglichkeiten zur Steigerung der Westexporte von Erdöl auf Kosten der ehemaligen Sowjetrepubliken dürften damit weitgehend erschöpft sein. Da gleichzeitig die Preise für die Erdöllieferungen in die übrigen GUS-Länder drastisch angehoben wurden, sind die Energieprobleme dieser Länder noch zusätzlich verschärft worden, während sich die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Unternehmen auf dem russischen Markt verschlechtert hat. Bei Erdgas ist eine ähnliche Entwicklung zu verzeichnen, allerdings in weniger ausgeprägter Form. Die Lieferungen an die GUS-Länder wurden hier seit 1990 um etwa 30 vH verringert, der Binnenverbrauch sank um 15 vH (vgl. Tabelle 6).

In der Bewertung der Außenwirtschaftsbeziehungen mit den GUS-Ländern wird von russischer Seite den Zahlungsrückständen dieser Staaten großes Gewicht beigemessen. Im Jahr 1994 wurden fällige Rechnungen aus Warenverkäufen in Höhe von 2,2 Mrd. US-\$ nicht beglichen, im 1. Quartal 1995 blieben Forderungen in Höhe von 2,6 Mrd. US-\$ offen. Der größte Teil dieser Zahlungsrückstände entfiel auf Warenlieferungen in andere Nachfolgestaaten der Sowjetunion, insbesondere für Rohstoffe und Energie. Die Verschuldung der GUS-Länder für die Lieferungen von Energieträgern wird per 1. September 1995 auf 13,8 Bill.

Tabelle 5

Erdöl in Rußland: Produktion, Binnenverbrauch und Außenhandel

| | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 |
|--|------|------|------|------|------|
| Erdölförderung, Mill. t | 516 | 461 | 396 | 352 | 316 |
| 1990 = 100 | 100 | 89 | 77 | 68 | 61 |
| Binnenverbrauch, Mill. t | 259 | 266 | 242 | 202 | 158 |
| in vH der Förderung | 50 | 58 | 61 | 57 | 50 |
| 1990 = 100 | 100 | 103 | 93 | 78 | 61 |
| Mineralölimporte, Mill. t | 32 | 24 | 19 | 18 | 10 |
| Mineralölexporte, Mill. t | 289 | 220 | 173 | 168 | 168 |
| in vH der Förderung | 56 | 48 | 44 | 48 | 53 |
| 1990 = 100 | 100 | 76 | 60 | 58 | 58 |
| davon: | | | | | |
| Nachfolgestaaten der UdSSR ¹⁾ | 190 | 136 | 82 | 53 | 40 |
| in vH der Förderung | 37 | 30 | 21 | 15 | 13 |
| 1990 = 100 | 100 | 72 | 43 | 28 | 21 |
| Drittländer | 99 | 84 | 92 | 115 | 128 |
| in vH der Förderung | 19 | 18 | 23 | 33 | 41 |
| 1990 = 100 | 100 | 85 | 93 | 116 | 129 |

¹⁾ Ab 1992: GUS; ohne baltische Staaten.

Quelle: Datenbank Energie-Osteuropa des DIW.

Tabelle 6

Erdgas in Rußland: Produktion, Binnenverbrauch und Außenhandel

| | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 |
|--|------|------|------|------|------|
| Erdgasförderung, Mrd. m ³ | 641 | 643 | 640 | 618 | 607 |
| 1990 = 100 | 100 | 100 | 100 | 96 | 95 |
| Binnenverbrauch, Mrd. m ³ | 509 | 513 | 470 | 458 | 433 |
| in vH der Förderung | 79 | 80 | 73 | 74 | 71 |
| 1990 = 100 | 100 | 101 | 92 | 90 | 85 |
| Erdgasimporte, Mrd. m ³ | 70 | 69 | 17 | 11 | 10 |
| Erdgasexporte, Mrd. m ³ | 202 | 199 | 187 | 171 | 184 |
| in vH der Förderung | 32 | 31 | 29 | 28 | 30 |
| 1990 = 100 | 100 | 99 | 93 | 85 | 91 |
| davon: | | | | | |
| Nachfolgestaaten der UdSSR ¹⁾ | 109 | 109 | 99 | 75 | 75 |
| in vH der Förderung | 17 | 17 | 15 | 12 | 12 |
| 1990 = 100 | 100 | 100 | 91 | 69 | 69 |
| Drittländer | 93 | 90 | 88 | 96 | 109 |
| in vH der Förderung | 15 | 14 | 14 | 16 | 18 |
| 1990 = 100 | 100 | 97 | 95 | 103 | 117 |

1) Ab 1992: GUS; ohne baltische Staaten.
Quelle: Datenbank Energie-Osteuropa des DIW.

Rubel (3,1 Mrd. US-\$) beziffert, von denen 8,3 Bill. auf die Ukraine und 2,3 Bill. auf Weißrußland entfielen²⁰. Nach Plänen der russischen Regierung soll ein Teil der Forderungen gegenüber den GUS-Ländern durch Debt-Equity-Swaps beglichen werden. Zugleich versucht sie zu erreichen, daß der Internationale Währungsfonds die Rückzahlung von offenen Verbindlichkeiten an Rußland in die Konditionalität zur Gewährung von Krediten an die anderen GUS-Staaten aufnimmt²¹.

Es besteht somit eine deutliche Asymmetrie zwischen der westlichen Politik im Falle der russischen Schulden und der Politik Rußlands gegenüber den bei ihm verschuldeten GUS-Ländern. Während der Westen es bislang vermieden hat, die Bezahlung der russischen Forderungen durch Sachwerte zu verlangen, erhebt Rußland offen die Forderung, die Zahlungsrückstände der GUS-Länder durch die Übertragung von Eigentumsrechten an Raffinerien, Pipelines und anderen Vermögenswerten zu begleichen. Die Fähigkeit, seine Ansprüche auch durchzusetzen, erhält Rußland durch seine starke Marktposition, da die anderen Republiken wegen des bestehenden Pipeline-netzes nur begrenzte Möglichkeiten haben, die russischen Energielieferungen durch alternative Energiequellen zu substituieren. Angesichts der starken Neigung Rußlands,

seine Marktmacht zu seinem Vorteil auszuspielen, ist die Entscheidung des IMF zu begrüßen, Rußland zu Schuldenverhandlungen mit der Ukraine zu veranlassen.

Auf dem Gebiet der Wechselkurse wird seit dem 6. Juli 1995 eine neue Politik verfolgt. Erstmals seit der Vereinheitlichung der Wechselkurse Mitte 1992 haben Regierung und Zentralbank einen Wechselkurskorridor mit einer Bandbreite von 4 300 bis 4 900 Rubel zum US-\$ eingeführt. Der Korridor sollte zunächst bis zum 1. Oktober 1995 gelten, seine Gültigkeit wurde später aber bis zum 31. Dezember 1995 verlängert. Nach seiner Einführung war eine deutliche Stabilisierung des Rubelkurses zu beobachten. Gegenüber dem US-\$ wertete der Rubel von Anfang Juli bis Ende Oktober 1995 real um fast 20 vH auf. Für das 1. Halbjahr 1996 wurde ein Kurskorridor von 4 550 bis 5 150 Rubel zum US-\$ beschlossen, d.h. eine Abwertung des Mittelkurses, eine prozentuale Verengung des Bandes und eine maximale Abwertung von 13 vH während der Gesamtlaufzeit.

Der Wechselkurskorridor bildet einen Kompromiß zwischen flexiblen und fixen Wechselkursen. Angesichts der

²⁰ Vgl. Volkov (1995), S. 44.

²¹ Vgl. DIW u.a. (1996), S. 55.

großen Bandbreite bestehen beträchtliche Spielräume für Kursschwankungen. Bei einer Verengung des Korridors ergeben sich ähnliche Effekte wie bei einer Wechselkursfixierung. Die weitgehende Fixierung des Wechselkurses ist vor allem für die Inflationsbekämpfung bedeutsam. Das Preisniveau für handelbare Güter wird unmittelbar stabilisiert, bei nicht-handelbaren Gütern wird eine dämpfende Wirkung auf die Preise erzielt. Diese Form der Stabilisierungspolitik muß allerdings durch eine entsprechende Geld-, Lohn- und Fiskalpolitik unterstützt werden. Insbesondere muß eine inflationäre Finanzierung von Haushaltsdefiziten vermieden werden. Angesichts starker Devisenzuflüsse bestehen Spielräume für Zinssenkungen, ohne daß die Glaubwürdigkeit des Wechselkurskorridors gefährdet wird. Da selbst bei einer erfolgreichen Geld- und Fiskalpolitik eine Inflationsdifferenz zur Ankerwährung bestehen bleiben wird, ist es zweckmäßig, bei einer Verengung des Korridors nominale Abwertungen in regelmäßigen und vorher angekündigten Schritten vorzunehmen, um eine weitere reale Aufwertung zu vermeiden²².

6. Stabilisierungsversuche

Gewisse Erfolge waren 1995 bei der Inflationsbekämpfung zu verbuchen. Hervorzuheben ist vor allem, daß der Preisanstieg sich nicht wie im Vorjahr im Herbst wieder beschleunigt hat. In den Monaten August bis November 1995 lag die monatliche Preissteigerungsrate durchgängig unter 5 vH, während sie im letzten Quartal 1994 noch durchschnittlich 15 vH betragen hatte²³. Im Zeitraum von November 1994 bis November 1995 stiegen die Verbraucherpreise um 161 vH. Die Inflationsrate konnte gegenüber den Vorjahren somit beträchtlich gesenkt werden (1992: +2 510 vH; 1993: +840 vH; 1994: +215 vH). Wenn es gelingt, die monatliche Teuerung auf dem derzeitigen Niveau zu halten, würde die Inflationsrate 1996 erstmals seit der Preisfreigabe Anfang 1992 in den zweistelligen Bereich gelangen.

Die seit 1992 unternommenen Stabilisierungsversuche krankten daran, daß sie häufig inkonsistent waren und nicht alle für die Inflationsbekämpfung relevanten Bereiche berücksichtigten. Meist waren diese Defizite der Inflationsbekämpfung auf den Einfluß mächtiger Interessengruppen zurückzuführen. So wurden zum Beispiel die Maßnahmen zur Begrenzung des Haushaltsdefizits in ihrer Wirkung abgeschwächt, weil Ausgaben in außerbudgetäre Fonds verlagert oder weil Subventionen durch weiche Kredite ersetzt wurden. Es war das stillschweigende Verständnis aller Beteiligten in diesen Fällen, daß diese Kredite niemals zurückgezahlt würden. In ähnlicher Weise wurden die Versuche einer restriktiven Geldpolitik dadurch unterlaufen, daß die Unternehmen auf wechselseitige Kreditgewährung auswichen. Im Ergebnis stieg die zwischenbetriebliche Verschuldung dramatisch an. Eine glaubwürdige Androhung des Bankrotts für zahlungsunfähige Unternehmen gab es jedoch nicht. Letztendlich sah sich der Staat veranlaßt, die Schuldnerunternehmen von ihren Verbindlichkei-

ten zu entlasten, während die Forderungen der Gläubigerunternehmen monetisiert, d.h. durch eine Ausweitung der Geldmenge beglichen wurden.

Die im Jahr 1995 verfolgte Stabilisierungspolitik versuchte, aus den Fehlschlägen der vergangenen Jahre Konsequenzen zu ziehen, indem gleichzeitig eine relativ restriktive Finanz- und Geldpolitik betrieben wurde. Das Defizit des föderalen Haushalts belief sich in den ersten sieben Monaten auf 2,8 vH des BIP und blieb damit unter der vom IMF vorgegebenen Zielgröße von 5,8 vH. Das Defizit im Jahr 1994 hatte noch 11 vH des BIP betragen. Im Gegensatz zum gleichen Zeitraum des Vorjahres, in dem 85 vH des Defizits über Zentralbankkredite finanziert wurde, überwog 1995 die Finanzierung über den Kapitalmarkt mit einem Anteil von 73 vH²⁴.

Die Reduzierung des Defizits, die über das geplante Maß hinausging, läßt sich allein auf drastische Ausgabenkürzungen zurückführen. Während dem föderalen Haushalt in den ersten sieben Monaten 57 vH der im Haushaltsplan für das Gesamtjahr 1995 vorgesehenen Einnahmen zuflossen, wurden in demselben Zeitraum nur 44 vH des geplanten Ausgabenvolumens getätigt. Es gibt allerdings Hinweise darauf, daß die Rückführung der Ausgaben zu einem wesentlichen Teil durch eine Verschiebung von Zahlungsterminen zustande kam. Besonders stark sind offensichtlich die Subventionszahlungen gekürzt worden. Die staatliche Finanzierung von Industrie, Energiewirtschaft und Bausektor erreichte nur 40 vH des für das Gesamtjahr veranschlagten Volumens, bei den Zahlungen an die Landwirtschaft lag dieser Anteil nur bei 38 vH. Bemerkenswert ist, daß das verbliebene Defizit im föderalen Haushalt fast ausschließlich auf die hohen Steuerrückstände der Unternehmen zurückzuführen war. Am 1. August 1995 hatten sie eine Größenordnung von 23,5 Bill. Rubel (2,6 vH des BIP). Die hohe wechselseitige Verschuldung von Staat und Unternehmenssektor macht eine Beurteilung des Zustands der Staatsfinanzen außerordentlich schwierig²⁵. Insofern ist es auch unsicher, ob die stabilitätsorientierte Haushaltspolitik fortgesetzt werden kann.

Die Stabilisierungsbemühungen im monetären Bereich haben einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, daß die monatlichen Inflationsraten seit März 1995 im einstelligen Bereich blieben. In den ersten sieben Monaten 1995 nahm nach Angaben der Zentralbank das Volumen ihrer Kredite an das Finanzministerium nur um 2 vH zu. Gemessen in realen Größen bedeutet dies einen deutlichen Rückgang. Allerdings wurde die Kreditvergabe an die Geschäftsbanken in noch stärkerem Maße reduziert, so daß der Anteil der Kredite an die Regierung im Juli auf 74 vH stieg (Ende 1994: 65 vH). Im Ergebnis hat die Geldpolitik zu hohen

²² Vgl. DIW u.a. (1995b), S. 890 ff.

²³ Vgl. DIW u. a. (1995b), S. 879.

²⁴ Vgl. Den'gi i kredit, Nr. 10/1995, S. 13.

²⁵ Vgl. DIW u.a. (1995b), S. 884 ff.; Goskomstat Rossii (1995c), S. 85 ff.

Realzinsen und einem rückläufigen realen Kreditvolumen geführt. Dies beeinträchtigte die Ertragslage von Banken und Unternehmen erheblich. Ein Ausdruck dieser Entwicklung war die Liquiditätskrise im Bankensektor, die Ende August 1995 zu einer vorübergehenden Einstellung des Handels auf dem Interbankenmarkt und zu einem dramatischen Anstieg der Tagesgeldsätze führte. Erst nachdem die Zentralbank die Geschäftsbanken mit Liquiditätshilfen in Höhe von knapp 2 Billionen Rubel versorgt hatte, kam es zu einer Normalisierung des Interbankenhandels und zu einem Rückgang der Zinssätze.

Die mit der restriktiven Geldpolitik einhergehenden sehr hohen Realzinsen haben nicht nur die Investitionstätigkeit der Unternehmen wesentlich beeinträchtigt, sie haben auch dazu geführt, daß viele Unternehmen ihre Bankschulden nicht mehr bedienen konnten. Im Ergebnis stieg der Anteil notleidender und überfälliger Kredite an den gesamten Kreditportfolios der Banken bis Ende Mai 1995 auf 37 vH, während es ein Jahr zuvor noch 20 vH waren. Nach Schätzungen des russischen Bankenverbandes waren im August 1995 knapp 600 der insgesamt über 2 500 russischen Geschäftsbanken technisch insolvent²⁶.

7. Fazit

Die Aussichten auf eine Verbesserung des politischen Umfelds für eine konsequente Politik marktwirtschaftlicher Reformen sind derzeit nicht günstig. Wegen der gestärkten Stellung der Kommunistischen Partei nach den Parlamentswahlen im Dezember 1995 muß sogar eine Verschlechterung des Reformklimas befürchtet werden. Zwar ist mit der Privatisierung ein wesentlicher Reformbestandteil mit bemerkenswerter Geschwindigkeit durchgeführt worden. Jedoch hat die gewählte Form der Privatisierung in der ersten Stufe Eigentumsstrukturen entstehen lassen, die der notwendigen Strukturanpassung und der Belebung der Investitionstätigkeit nicht förderlich sind. Die zweite Etappe der Privatisierung kommt seit über einem Jahr nur noch schleppend voran. Das Ziel dieser Etappe, die Heranziehung kapitalkräftiger Investoren, konnte bislang nicht erreicht werden. Ein Ausweg wird in der Beteiligung von Banken an Industrieunternehmen gesehen. Zu diesem Zweck fördert die Regierung die Entstehung von „Finanz-Industrie-Gruppen“. Derartige Unternehmensbeteiligungen der Banken haben zwar ihr Vorbild in Deutschland und Japan, die „Finanz-Industrie-Gruppen“ in Rußland werden jedoch auch als ein Instrument der staatlichen Industrie- und Strukturpolitik betrachtet. Der Versuch, mit Hilfe der „Finanz-Industrie-Gruppen“ industrie- und strukturpolitische staatliche Programme umzusetzen, könnte den marktwirtschaftlichen Transformationsprozeß empfindlich beeinträchtigen.

Es wird mitunter die Auffassung vertreten, daß der statistisch ausgewiesene Produktionsrückgang nicht der Realität entspreche, da zahlreiche Produktionsaktivitäten von

der Statistik nicht erfaßt werden. Diese Position wird nicht zuletzt mit dem vergleichsweise geringen Rückgang der Stromproduktion begründet. Die Zunahme des relativen Stromverbrauchs ist jedoch plausibel, da der Produktionsrückgang nicht von entsprechenden Kapazitätsstilllegungen begleitet war und wegen des Zusammenbruchs der Investitionen die Überalterung des Kapitalstocks zugenommen hat. Alternative Berechnungen über die Entwicklung des BIP seit 1991 durch eine Arbeitsgruppe von Goskomstat und Weltbank kommen zu dem Ergebnis, daß zwar vor allem der Dienstleistungssektor von der offiziellen Statistik nicht in vollem Umfang berücksichtigt worden ist, die Zahlen für die Produktion von Industrie und Landwirtschaft jedoch nur geringer Korrekturen bedürfen. An dem Gesamtbild eines starken Rückgangs des BIP und eines faktischen Zusammenbruchs der Investitionen ändern diese Berechnungen nur wenig.

Trotz des starken Produktionsrückgangs sind die Realeinkommen der privaten Haushalte in den Jahren 1993 und 1994 gestiegen. Zwei Faktoren machten diese Entwicklung möglich. Erstens wurde das Konsumniveau zu Lasten der Investitionen stabil gehalten, und zweitens hat Rußland einen erheblichen Teil der durch den Produktionsrückgang verursachten Belastungen auf die anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion, insbesondere auf die Ukraine und Weißrußland überwältzt. Die drastische Reduzierung der Öllieferungen an diese Staaten seit 1990 ist ein anschauliches Beispiel. Überdies verlangt Rußland für die noch verbleibenden Lieferungen von Energieträgern Weltmarktpreise. Da die GUS-Länder nicht in der Lage sind, diese höheren Preise zu bezahlen, ist Rußland bestrebt, Vermögenswerte dieser Staaten als potentielle Elemente in Debt-Equity-Swaps einzubeziehen. Diese Forderung steht in deutlichem Gegensatz zu der Ablehnung entsprechender Maßnahmen bezüglich der eigenen Verschuldung gegenüber dem Westen.

In der Stabilisierungspolitik war 1995 ein Kurswechsel zu verzeichnen. Die Stabilisierungsversuche in den Jahren 1992 bis 1994 waren durch Inkonsistenz und Halbherzigkeit gekennzeichnet und aus diesem Grunde wenig erfolgreich. So blieben Maßnahmen zur Reduzierung des Haushaltsdefizits deshalb wirkungslos, weil auf Druck von Interessengruppen Ausgaben in außerbudgetäre Fonds verlagert wurden oder Subventionen durch weiche Kredite ersetzt wurden. Die Versuche einer härteren Geldpolitik wurden durch eine Expansion der zwischenbetrieblichen Verschuldung unterlaufen. Im Jahr 1995 gelang es erstmals, die monatlichen Preissteigerungsraten stetig zu senken und sie bis Jahresende auf unter 5 vH zurückzuführen. Das Haushaltsdefizit konnte dank einer drastischen Senkung der Staatsausgaben auf knapp 3 vH des Bruttoinlandsprodukts begrenzt werden. Der überwiegende Teil des Defizits wurde dabei im Unterschied zu 1994 über den Kapitalmarkt und nicht durch Zentralbankkredite

²⁶ Vgl. DIW u.a. (1995b), S. 886 ff.

finanziert. Bedenklich an der Finanzpolitik war, daß durch die Ausgabenkürzungen die öffentlichen Investitionen weiter reduziert wurden und sich ein hoher Bestand an Zahlungsrückständen der Unternehmen und des Staates aufgebaut hat. Die Investitionstätigkeit ist auch durch die hohen Realzinsen beeinträchtigt worden. Die restriktive Geldpolitik hat zwar zur Inflationssenkung beigetragen, zugleich führte sie aber dazu, daß die Unternehmen nicht mehr die zur Bedienung von Krediten notwendigen Beträge erwirtschaften konnten. Der Anteil notleidender Kredite stieg daher stark und führte zu einer Liquiditätskrise im Bankensektor.

Die russische Wirtschaftspolitik steht weiter vor der Aufgabe, die nach wie vor hohen Inflationsraten zurückzuführen und gleichzeitig Maßnahmen für einen wirtschaftlichen Aufschwung einzuleiten. In dieser Situation erscheint es angebracht, daß die Zentralbank die vorhandenen Spielräume für Nominalzinssenkungen nutzt. Dadurch würde eine wichtige Voraussetzung dafür geschaffen, die Wirtschaft zu beleben und die Investitionstätigkeit zu stimulie-

ren, ohne die Glaubwürdigkeit des neuen Wechselkurskorridors zu beeinträchtigen. Die Einhaltung dieses Wechselkursziels ist für den Erfolg der Stabilisierung von wesentlicher Bedeutung. Auf diesem Weg können die Planungshorizonte für die Entscheidungsträger verlängert und die Investitionsrisiken verringert werden. Es ist erforderlich, daß Geld-, Fiskal- und Lohnpolitik in den Dienst der Wechselkursstabilisierung gestellt werden und mit ihr kompatibel sind. Die Finanzpolitik würde durch Nominalzinssenkungen insofern entlastet, als die Bedienung der Staatsschuld erleichtert würde. Um den Spielraum für investive Staatsausgaben zu erhöhen, ist eine Stärkung der Einnahmehasis erforderlich. Dazu würde es ausreichen, für eine Reduzierung der Steuerhinterziehung zu sorgen, die ein beträchtliches Ausmaß angenommen hat. Die für die Belebung der Wirtschaft notwendigen Bedingungen dürfen durch die Lohnpolitik nicht beeinträchtigt werden. Lassen sich die gebotenen Maßnahmen der Geld-, Fiskal-, Lohn- und Wechselkurspolitik nicht realisieren, ist nicht auszuschließen, daß sich der wirtschaftliche Niedergang auch im Jahr 1996 fortsetzt.

Literaturverzeichnis

- Aslund, Anders* (1994): Russia' Success Story, in: Foreign Affairs, Vol. 73, Nr. 5.
- Astapovich, Alexander* (Hrsg.) (1995): Foreign Investment in Russia: Salient features and trends, Moskau.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle* (1995): Die wirtschaftliche Lage Rußlands. Kurswechsel in der Stabilisierungspolitik. Wochenbericht des DIW, Nr. 51-52.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle* (1996): Die wirtschaftliche Lage Rußlands. Integration in die Weltwirtschaft. Wochenbericht des DIW, Nr. 3.
- DIW* (1995): Die Entwicklung der russischen Industrie im Jahre 1994. Bearb.: Ulrich Weißenburger. Wochenbericht des DIW, Nr. 20-21.
- Dobozi, Istvan; Gerhard Pohl* (1995): Real Output Decline in Transition Economies — Forget GDP, Try Power Consumption Data!, in: Transition, Vol. 6, Nr. 1-2.
- Federal'nyj zakon Rossijskoj Federacii* (1995): O finansovopromyšlennyh gruppach, in: Ekonomika i Žizn, Nr. 50.
- Fedorova, E.* (1995): Ocenki VVP Rossii stali bolee nadežnymi, in: Finansovye izvestija vom 29.9.1995.
- Gemeinschaftsdiagnose* (1995): Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1995. Wochenbericht des DIW, Nr. 42-43.
- Götz, Roland* (1995): Revidierte Ergebnisse für das Bruttoinlandsprodukt 1991-1994, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Aktuelle Analysen, Nr. 61.
- Gosudarstvennyj komitet Rossijskoj Federacii* (Goskomstat Rossii) (1994a): Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1993 g., Moskau.
- Gosudarstvennyj komitet Rossijskoj Federacii* (Goskomstat Rossii) (1994b): Rossijskij statističeskij ežegodnik, Moskau.
- Gosudarstvennyj komitet Rossijskoj Federacii* (Goskomstat Rossii) (1995a): Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1994 g., Moskau.
- Gosudarstvennyj komitet Rossijskoj Federacii* (Goskomstat Rossii) (1995b): Rossija v cifrach 1995. Kratkij statističeskij sbornik, Moskau.
- Gosudarstvennyj komitet Rossijskoj Federacii* (Goskomstat Rossii) (1995c): Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii janvar'-avgust 1995 g., Moskau.
- Gosudarstvennyj komitet Rossijskoj Federacii* (Goskomstat Rossii) (1995d): Ceny v Rossijskoj Federacii, Moskau.
- Gosudarstvennyj komitet Rossijskoj Federacii* (Goskomstat Rossii) (1996a): Potrebitel'skie ceny-indikator sostojanija ekonomiki, in: Ekonomika i Žizn', Nr. 1.
- Lenskij, Evgenii* (1995): Opyry rossijskogo kapitala, in: Rossijskaja gazeta vom 26.10.1995.
- Ministerstvo ekonomiki Rosijskoj Federacii* (1994): O sostojanii rossijskoj ekonomiki (po itogam za 9 mesjacev 1994 goda), Moskau.
- Nikitina, E.* (1995): O sovместnom proekte Goskomstata Rossii i Vsemirnogo Banka po peresmotru pokazatelej VVP Rossii za 1991-1994 gody, in: Voprosy statistiki, Nr. 11, S. 61 ff.
- OECD* (1995): The Russian Federation 1995, in: OECD Economic Surveys, Paris.

- Osnovnye tendencii razvitiya rossijskoj ekonomiki v 1995 godu (po dannym za 9 mesjacev), in: Den'gi i kredit, Nr. 10/1995.
- Sachs, Jeffrey, D. (1994): Russia's Struggle with Stabilization: Conceptual Issues and Evidence, World Bank, Annual Conference on Development Economics, Washington, D.C.
- Sachs, Jeffrey, D. (1995): Why Russia has Failed to Stabilize, in: Stockholm Institute for East European Economics, Working Paper, Nr. 103.
- Schrettl, Wolfram (1993): On Some Barriers to Transition, in: H.-J. Wagener (Hrsg.): On the Theory and Policy of Systemic Change, Heidelberg.
- Summers, Lawrence, Bradford De Long (1992): Equipment Investment and Economic Growth: How Strong is the Nexus, in: Brookings Papers on Economic Activity, Nr. 2.
- Volkov, V. (1995): Rossijskaja ekonomika na ischode 1995 goda, in: Ekonomisti, Nr. 12.

Summary

Russia: Continuation of the Decline or Beginning of a Recovery?

The political environment in which the systemic transformation of the Russian economy is embedded has further deteriorated as a result of the communist victory in the parliamentary elections of December 1995. With the dismissal of Anatoly Chubais, advocates of resolute market-oriented reform have disappeared from the top layer of the government. Therefore, the continuation of reforms may be endangered at the present time. Privatization has come to a virtual standstill already from the middle of 1994. The crucial deficiency was the failure to attract strategic investors. In order to remedy the situation, the government pins great hopes on "financial-industrial-groups". The formation of such groups is promoted also as an instrument of industrial policy.

The general economic situation continues to be characterized by the de-facto-collapse of investment activity. Both the average age of the existing capital stock and the degree of its underutilization have increased because existing production facilities have not been shut down as fast as output has declined. As a result, the already low efficiency of the Russian economy has deteriorated further. This also helps to explain why electricity consumption declined less than GDP — a much misinterpreted fact.

The real disposable incomes of private households in recent years have declined less than GDP, in 1993 and 1994 they even grew. This was made possible both by a steep reduction of retained earnings, which resulted in a dramatic decline of investment, and by a policy of passing on the burden of the Russian output decline to other CIS countries. Energy deliveries to those countries have been drastically reduced. At the same time energy-related exports to the West have been increased.

The year 1995 marks a new approach to stabilization policy. The state budget deficit was reduced to below 3 percent of GDP. By far the larger part of the deficit was financed via the capital market rather than by central bank credits. Monthly rates of inflation consistently remained below 5 percent throughout the second half of 1995. However as a result of the restrictive monetary policy, many enterprises suffered liquidity crises and hence were unable to service their debts. In August 1995 the banking sector was affected as well. A central element of stabilization policy was the introduction of an exchange rate corridor in July 1995. This has facilitated the reduction of inflation rates. At the same time however, the ensuing real appreciation of the ruble has seriously damaged the profitability of exports.